



## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

### **21. Sitzung (öffentlich)**

30. November 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 10:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Jens Petersen (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** **5**

**1 Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen – TVgG – NRW)** **5**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/2379

Ausschussprotokoll 15/314  
Stellungnahmen siehe APr 15/314

Der Ausschuss kommt überein, die inhaltliche Beratung und die Beschlussfassung zu dem Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

**2 Mindestanforderungen an ein Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen 6**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/656

Ausschussprotokoll 15/119  
Stellungnahmen siehe APr 15/119

Der Ausschuss kommt überein, diesen Antrag gemeinsam mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zum Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen abschließend zu behandeln.

**3 Strukturwandel im rheinischen Braunkohlerevier begleiten und gezielt fördern 7**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1316

Der Ausschuss kommt überein, nach Vorlage des vom Ministerium angekündigten Berichts zu dem Thema die abschließende Beratung durchzuführen.

**4 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung (BauO NRW) – Änderung des § 65 Abs. 1 und 2 10**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2359

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die abschließende Beratung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

**5 Gemeinsame Vorteile statt Vorurteile – Nordrhein-Westfalen unterstützt die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und eine gesteuerte Zuwanderung von ausländischen Fachkräften 11**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/2858

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss erklärt sich in Gänze damit einverstanden, die abschließende Beratung nach erfolgtem Expertengespräch durchzuführen.

**6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften 12**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320  
Stellungnahmen siehe APr 15/320

Der Ausschuss kommt wegen Beratungsbedarfs einvernehmlich überein, die abschließende Beratung in der nächsten Ausschusssitzung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

**7 Sachstand Novellierung des Landesplanungsgesetzes 13**

– Bericht der Landesregierung –

– Bericht durch LMR Dr. Christoph Epping (StK) (siehe Vorlage 15/1020) 13

**8 Verschiedenes 14**

Der Ausschuss kommt überein, sich an der geplanten öffentlichen Anhörung zum Klimaschutzgesetz pflichtig zu beteiligen.



**6 Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in NRW und zur Anpassung anderer gesetzlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/2944

Ausschussprotokoll 15/320  
Stellungnahmen siehe APr 15/320

**Vorsitzender Dr. Jens Petersen** leitet ein, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei durch Plenarbeschluss vom 20. Oktober 2011 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration – federführend – sowie zur Mitberatung an eine Reihe von Fachausschüssen überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe zu dem Gesetzentwurf am 9. November 2011 eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, zu der der AWME nachrichtlich eingeladen gewesen sei.

Der Ausschuss berate heute erstmalig über den Gesetzentwurf und müsse heute oder in seiner nächsten Sitzung am 15. Dezember 2011 die abschließende Beratung durchführen.

**Dietmar Bell (SPD)** regt an, das Thema zu schieben und für die nächste Sitzung anzuberaumen, weil noch Beratungsbedarf bezüglich der Auswertung der Anhörung bestehe.

Der Ausschuss kommt wegen Beratungsbedarfs einvernehmlich überein, die abschließende Beratung in der nächsten Ausschusssitzung am 14. Dezember 2011 durchzuführen.

